

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckort: Rieser. Gesamtdruck: 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großhain, des Amtsgerichts, der Amtsdarlehensanstalt beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptpostamts Meißner.

Postkonto: Dresden 1580. Briefkasten: Rieser Nr. 82.

N. 224.

Sonabend, 25. September 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Verkaufspreis: gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile (6 Spalten) 26 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; getraubender und tabellarischer Satz 50%, Ausschlag, feste Tarife, Vermögensverhältnisse, wenn der Vertrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Beförderungsanstalten — hat der Beziffer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Bangor & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Geierstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Lehmann, Rieser; für Anzeigenverwaltung: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Austritt des polnischen Kabinetts.

Warschau. (Funkdruck.) Der Staatspräsident hat die Gesamtsitzung des Kabinetts Paris angenommen und die bisherige Regierung mit der Weiterführung der Geschäfte betraut.

Die Warschauer Regierungskrise.

Warschau. (Funkdruck.) Ueber die vermeintliche Belagerung der Lage herrscht zur Zeit noch Unsicherheit. Der größte Teil der Presse nähert sich der Meinung, daß der Präsident der Republik im Laufe des morgigen Tages Paris mit der Reorganisation der Regierung betrauen wird, eine Kommission, die übrigens auch von der Oppositionsbefreiung geteilt wird.

Warschau. Im Sejm wurde nach Annahme des Budget-Präsidenten in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung des Ministers des Innern und dem Unterrichtsminister auf die Resolutionen Antrag in namentlicher Abstimmung mit bedeutender Mehrheit das Misstrauen ausgesprochen.

Reichsrats-Beziehungen.

Berlin. Der Reichsrat nahm in einer öffentlichen Sitzung am Freitag nachmittags, die unter Vorsitz des Ministers Dr. Ritsch stattfand, die Verhandlung über das vorläufige Inkrafttreten des Wirtschaftsvertrages mit Finnland und damit zugleich das Abkommen selbst mit Mehrheit an. Die Dankredesleken erklärten, daß sie sich mit dem Vertrage abfinden. Sie bemängelten aber, daß in dem Vertrage den Reichsangehörigen für die Ausübung der Berufstätigkeit in Finnland nicht durchweg die gleichen Rechte wie den Inländern gewährt würden, während Finnen in Deutschland die gleichen Rechte wie Reichsangehörige hätten. Außerdem sei ein Mangel des Vertrages, daß die Rückkehrfahrt in finnischen Gewässern lediglich finnischen Schiffen vorbehalten sei. Die Verkehrsverhältnisse der Ostsee forderten die freieste Betätigungsmöglichkeit für Schiffe aller Nationen in allen Häfen. Die Dankredesleken der Reichsregierung nahe, auf die Befreiung der gefährlichen Mängel hinzuwirken. Weiterhin nahm der Reichsrat eine Verordnung an, wonach das Gesetz über die Bewertung der Einkuberscheine, das nur für eine Uebergangszeit erlassen war, mit dem 1. Oktober d. J. aufgehoben wird. Die Einkuberscheine werden von diesem Zeitpunkt an nach dem Satze des jetzt geltenden Zolltarifs bewertet.

Der Reichsrat stimmte ferner einer Verordnung zu, wonach den Bewohnern von Ostland vom 1. Januar 1927 ab weiterhin Steuererleichterungen gewährt werden.

Reichsschulgesetz und Eltern.

Die Führerschaft des Evangelischen Reichelternbundes zur Schulpolitischen Lage.

Berlin. Die gestern in Berlin unter dem Vorsitz von Unterrichtssekretär a. D. Dr. Conze versammelt gewesene Führerschaft des Evangelischen Reichelternbundes nahm zu der zur entscheidenden Auseinandersetzung stehenden Frage des Reichsschulgesetzes Stellung. In einer Erklärung spricht sie die Erwartung aus, daß der in Aussicht gestellte Reichsschulgesetzentwurf in Kürze dem Reichstag vorgelegt und öffentlich bekannt gegeben wird. Für die Geltung des Gesetzes fordert sie im Namen von Eltern Recht und Gewissensfreiheit, erneut die volle Gleichberechtigung der Volksschule und gleiche staatliche Förderung, wie sie bei den anderen Schularten gewährt wird. Für die bei der Schulverfassung vorhandenen Schulen soll ein besonderes Untergeschick erhalten bleiben und für andere die Möglichkeit eines sofortigen Umwandlungsverfahrens gegeben werden. Die Bestimmung darüber, was ein geordneter Schulbetrieb ist, soll durch das Reichsgesetz getroffen und dadurch auch die Schule mit geringerer Ueberlieferung als ein geordneter Schulbetrieb anerkannt werden.

Staudrecht in Persien.

Paris. (Funkdruck.) Wie die Chicago Tribune aus Teheran meldet, sind zahlreiche Gewerbetreibende und Polizeioffiziere sowie Zivilpersonen wegen eines angeblichen Komplotts gegen den Schah verhaftet worden. In Persien wurde das Staudrecht verhängt.

Vor der Bestätigung Dr. Dormüllers.

Berlin. Am Freitag nachmittags fand in der Reichskanzlei eine Besprechung des Reichskanzlers mit den Leitern der in Betracht kommenden Ressorts über die seit längerer Zeit schwebende Frage der Bestätigung des Generaldirektors der Reichsbahn Dr. Dormüller statt. Es sei anzunehmen, daß das Reichskabinet in einer seiner nächsten Sitzungen in der kommenden Woche nun die Bestätigung Dr. Dormüllers beschließen werde.

Der Reichskanzler auf Urlaub.

Berlin. (Funkdruck.) Reichskanzler Marx tritt heute einen kurzen Urlaub an, der ihn 8 bis 10 Tage von Berlin fernhalten wird.

Die deutsche Politik in Genf.

von Berlin. Die Aussprache über die Haltung der deutschen Delegation in Genf und über die Unterhaltung in Thoiry haben zu einer einmütigen grundsätzlichen Zustimmung des Reichskabinetts geführt. Ein ministerieller Ausschuss, der aus dem Außenminister, dem Wirtschaftsminister und dem Finanzminister besteht, wird die Fortsetzung der Verhandlungen vorbereiten. Das Reichskabinet ist damit dem Beispiel gefolgt, das der französische Ministerrat gegeben hat. Sobald der französische Außenminister Briand von seinem Urlaub zurückgekommen sein wird, werden die Verhandlungen auf dem diplomatischen Wege fortgeführt werden.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags wird voraussichtlich erst einberufen werden, nachdem die deutsche Delegation aus Genf wieder zurückgekehrt ist. Von maßgebender Seite wird und bekämpft, daß die Ereignisse in Genf sich in einer dem deutschen Ansehen durchaus entsprechenden Form abspielen sollen. Die Beziehungen von manchen deutschen Seiten, als könnten sie im Völkerbund gewisse deutschfeindliche Mächtefokuse herausbilden, haben jedenfalls in den Ereignissen keine Bestätigung gefunden. Auch bei der Wahl der Ratssitze hat es keine vorherige Instruktionen gegeben, wie der Umstand beweist, daß ein zweierter Wahlgang erforderlich geworden ist. Genf zeigt sich bei den Kommissionen vielfach, daß die rein sachlichen Momente die politischen überwiegen.

Die deutsche Delegation hat insbesondere die Erfahrung machen können, daß die anderen Nationen auch ganz unabhängige Persönlichkeiten zu ihren Delegierten machen, lebhaft, weil sie in diesen oder jenen Fragen über ein besonderes Wissen und besondere Autorität verfügen und einen Namen in der ganzen Welt haben. Es kann innerhalb des Völkerbundes nicht mehr von einer Entente oder von Verbündeten Frankreichs im engeren Sinne gesprochen werden, die sich deutschfeindlich der deutschen Politik entgegenstellen könnten.

Die ganze Politik der deutschen Delegation in Genf wird durch das Streben nach der deutsch-französischen Verständigung gekennzeichnet. Es ist durchaus zu erwarten, daß bei den Diskussionen im Völkerbund Deutschland manchen guten Einfluß ausüben können. Vor allem gibt der Völkerbund Gelegenheit, über alle Fragen, die außerhalb des Völkerbundes geregelt werden könnten, einen Gedankenaustrausch im Völkerbund herbeizuführen, wie es auch in der Besprechung des Ministers Stresemann mit Briand in Thoiry und in anderen Besprechungen mit den Delegierten anderer Nationen der Fall gewesen ist.

Als sehr gut hat sich der Gedanke erwiesen, Parlamentarier zu der Arbeit in Genf mit heranzuziehen. Die anderen Nationen nehmen vielfach ihre parlamentarischen Führer zu ihren Delegierten, wie z. B. Paul Boncour, der zweite Delegierter Frankreichs in Genf ist. Es erleichtert die Arbeit eines Delegationsleiters sehr wesentlich, wenn hinter seiner Außenpolitik kein ganzes Volk steht. Die deutsche Delegation ist in ihrer ganzen Haltung und in ihrer Stellung zu den einzelnen Fragen, auch bei der Wahlwahl und in den Kommissionen, vollkommen einmütig gewesen und es hat niemals einen Widerspruch in der Delegation gegeben. Bedeutend wurde nur von der Delegation, daß es nicht möglich gewesen ist, auch einen Vertreter der rechtsstehenden Oppositionspartei nach Genf mitzunehmen, zumal diese in ihren Reihen einen der bekanntesten Außenpolitiker hat.

Inwieweit auf die einzelnen großen Gesichtspunkte, die zwischen Minister Stresemann und Briand in Thoiry verhandelt sind, wird uns verriet, daß der Reichsaußenminister durch die Mitteilung in der Presse, daß er Urlaub zwei Milliarden oder sogar acht Milliarden Reichsmarkobligationen angeboten habe, geradezu überrascht worden ist.

Nach dem Davauplan ist diese Frage kein Problem einer neuen kapitalistischen Belastung Deutschlands, einer Vergabe von neuem Geld, sondern nur das Problem der Förderung gewisser Möglichkeiten der Transferierung von Leistungen, die heute schon bestehen, über deren Transferierung heute allein der Reparationsagent zu entscheiden hat. Es soll lediglich im Einvernehmen mit den beteiligten Regierungen und mit deutscher Zustimmung die Möglichkeit des Kaufens für bestimmte Gruppen von Leistungen, die Deutschland heute schon macht, verbessert werden können. Wie weit darin Deutschland gehen kann, soll in dem ministeriellen Ausschuss geprüft werden. Wenn auch die große prinzipielle Bedeutung dieser Frage nicht zu verkennen ist, so hat doch niemals auch nur eine Milliarde an neuer Belastung zur Debatte gestanden.

Im Ganzen ist die Politik der deutschen Delegation bei den getrichtert gewesen, die Differenzen hinwegzuräumen, die nach der Nachkriegszeit zwischen Deutschland und Frankreich bestanden haben. Nicht mit Konfrontationen über die kommende Bestimmung des Rheinlandes, oder andererseits mit der Behauptung von einer weiteren Verklärung Deutschlands wird man den Dingen gerecht, sondern nur, wenn man von dem Versuch eines Akkords spricht. Briand hat in seiner ganzen Ministerpolitik den Gedanken der deutsch-französischen Verständigung verfolgt und ihn auch weiter gebracht. Er verdient das Vertrauen, das er unbedingt an dieser Politik festhalten wird, aber er hat ebenso die Hemmnisse in seinem eigenen Volke zu bekämpfen, wie dies auch in Deutschland der Fall ist. Durch den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist ein Fortschritt in dieser Richtung erfolgt. Entscheidend in Genf war nicht die große Rede Briands an sich, sondern der Umstand, daß Briand

diese Rede halten konnte, ohne von der öffentlichen Meinung Frankreichs geächtet zu werden. Die Methode der Verhandlungspolitik des Reichsaußenministers hat sich bewährt und selbst wenn die Opposition an die Regierung käme, würde sie sicherlich auf der bisherigen Grundlage weiterbauen müssen.

Was den Zwischenfall mit der sogenannten „Cambrian“-Reise Stresemanns bei dem Sterbend der deutschen Kolonie betrifft, so hören wir, daß die noch in Genf befindlichen deutschen Delegierten schon der Entstehung dieser Rede dort entgegengetreten sind. Und es wird uns berichtet, daß niemand von den anwesenden deutschen Vertretern den Eindruck gehabt hat, als wenn Minister Stresemann in Schroffer Art eine Reihe von Forderungen Deutschlands aufgestellt hätte. Noch in der Nacht wurde damals ein kurzer Bericht ausmündlich und an die schweizerische Depeschagentur und Davaß gegeben, der die Worte nicht richtig wiedergegeben hat. Bekanntlich hat am nächsten Tage der Reichsaußenminister in Genf sofort Gelegenheit genommen, diesen Bericht richtig zu stellen. Man kann dem Minister wirklich nicht unterstellen, daß er nach dem glücklichen Verlauf der Genfer Tagung zu guter Letzt wieder die ganze Situation hätte verderben können. Die öffentliche Meinung in Frankreich, die durch den entstellten Bericht in großer Erregung gebracht worden ist, wird sich sicherlich wieder beruhigen können.

Der ministerielle Ausschuss.

Berlin, 24. September. Der heute eingesetzte ministerielle Ausschuss besteht aus dem Reichsaußenminister, dem Reichswirtschafts- und dem Reichsfinanzminister. Dieser Ausschuss wird die Fragen zu beraten haben, die für die Fortführung der in Thoiry begonnenen und in Aussicht genommenen Verhandlungen besonders in Betracht kommen. Von der einmütigen Zustimmung des Reichskabinetts zur Fortsetzung dieser Verhandlungen ist dem französischen Geschäftsträger Mitteilung gemacht worden.

Formulierte Erklärung über den deutschen Standpunkt zur Abrüstungsfrage.

Genf, 24. September. In der heutigen Nachmittags-Sitzung der Völkerbundversammlung verlas nach einer Rede des englischen Delegierten Lord Robert Cecil der deutsche Delegierte Staatssekretär v. Schubert eine schriftlich formulierte Erklärung über den deutschen Standpunkt zur Abrüstungsfrage, wobei er es nicht als das Ziel seiner Ausführungen bezeichnete, das Problem der Abrüstungsfrage in seiner ganzen Ausdehnung vom deutschen Standpunkt aus zu beleuchten, der in Uebereinstimmung mit den Interessen des Völkerbundes stehe und allgemein bekannt sei. Deutschland habe schon, so führte v. Schubert aus, vor seinem Eintritt in den Völkerbund an den Arbeiten des vorbereitenden Abrüstungskomitees teilgenommen, in dem Meinungsverschiedenheiten aufgetreten seien. Es habe kein das allgemeine Interesse dabei hochgehalten Völkerbundes, durch deren Erfüllung dieser nicht nur seine eigene Stellung stärken, sondern auch im Interesse der gesamten Menschheit arbeiten würde. Heute handele es sich nur um die Grundlagen, die Paul Boncour gestern festgelegt habe. Ueber das Ziel seien sich gewiß alle einig, aber es sei gesagt worden, daß auch eine internationale Konvention über die Verminderung der Rüstungen schon ein großer Fortschritt wäre, auch wenn sie sich nur auf die Festlegung des gegenwärtigen Zustandes beschränken würde. Nach Deutschland halte ein kühnes Vorgehen für unvorstellbar, könne aber in der Festlegung des gegenwärtigen Zustandes keinen wirklichen Fortschritt erblicken, sondern sei der Meinung, daß die vorbereitenden Arbeiten zu einer Verminderung der zu großen Verflechtungen führen müßten, die zwischen den Rüstungen der Völkerbundsmittglieder bestehen, um dadurch den Fund zur Erfüllung seiner Aufgabe genehigt zu machen. Diese heile Frage verlange zweifellos Rücksichtnahme auf die gegenwärtig bestehenden Zustände, aber nur eine volle Loyalität und der Wunsch einer gegenseitigen Verständigung, von dem die gegenwärtige Verfassung so glücklich befehl sei, werde den Weg ebnen können, der zu dem gemeinsam verfolgten Ideal führe.

Entscheidung der Völkerbund-Versammlung über das Abrüstungsproblem.

Genf, 24. September. In der heutigen Sitzung der Völkerbund-Versammlung wurde die bereits gemeldete Resolution, welche eine Einberufung der Abrüstungskonferenz auf einen Termin vor der nächsten Völkerbund-Versammlung fordert, einstimmig angenommen.

Aufnahme der Erklärungen von Schubert's.

Genf. Die Erklärung des Staatssekretärs von Schubert über den deutschen Standpunkt zur Abrüstungsfrage wurde mit hartem Beifall aufgenommen. Besonders die Ausführungen, daß die deutschen Vertreter sich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß der Völkerbund bei der Durchführung der Abrüstung als seiner bedeutendsten Aufgabe nicht nur für seine eigene Konsolidierung sondern für die gesamte Menschheit arbeite.